

Herr Präsident,  
Mitglieder der Regierung,  
Kollegen und Kolleginnen,

Erinnern Sie sich noch an die Silvesternacht vom 31-12-2001 –  
Vor gerade einmal 10 Jahren?  
Mit einem riesigen Brimborium startete die neue EURO Währung –  
endlich war Sie, in Papierform da –  
Man konnte Sie fühlen, die neuen Scheine, und für viele war sie ein Zeichen der  
Zusammenführung Europas, die Mahner und Kritiker wurden schnell mundtot  
gemacht –  
Europa hat den Euro, und wir sind Europa –  
Was kann da noch schief gehen?

Und heute – keine 10 Jahre später sind Europa und der Euro in einer tiefen Krise –  
Vieles von dem was die Mahner von damals prophezeiten ist eingetroffen –  
Aus einem Jahrhundertprojekt wurde ein Sorgenkind, ein Sorgenkind  
welches tagtäglich neue Frage aufwirft, für Unruhen in verschiedenen Ländern sorgt,  
und dem europäischen Steuerzahler mehr und mehr zur Last fällt.  
Und ein Ende der Krise ist nicht in Sicht.

Und nun:  
„IN IHRER VERPFLICHTUNG zur Wahrung der Finanzstabilität des Euro-  
Währungsgebiets

Kollegen und Kolleginnen, mit diesem Satz beginnt der ESM Vertrag – der  
Europäische Stabilitätsmechanismus und er soll es nun richten – uns vor Gefahren  
bewahren und Europa und den Euro aus der Krise führen.  
Und wir dürfen hier in diesem Hause darüber mit abstimmen, zumindest indirekt.  
Geleitet und verwaltet, in völliger Immunität, und ohne irgendeine parlamentarische  
Kontrolle, von den zumindest auf dem Papier fähigsten Finanzfachleuten Europas,  
den EU Finanzministern.

Und wenn man sich die Zahlen zur Verschuldung Europas, genauer anschaut, dann  
bekommt  
die Begriffswahl, die fähigsten Finanzfachleute, gleich eine ganz andere Geltung:

Noch nie seit dem zweiten Weltkrieg sind die Schulden Europas so schnell  
angestiegen wie unter dem Regime dieser angeblichen "Fachleute".  
Noch nie gab es so viel Schulden, und so viel Arbeitslose in Europa.

Die nackten Fakten sprechen also eine deutliche, eine ganz andere Sprache.  
Die gleichen Leuten, welche die Krise mitbewirkt haben, direkt oder indirekt, diese  
Leute sollen nun den Euro retten können?  
Dafür fordern sie ein neues Instrument, bei dem keiner mitreden darf, denn diese  
Leute verstehen angeblich ihr Handwerk sehr gut.

Sogar das Recht diese Finanzgenies zu prüfen wird den Volksvertretern verweigert,  
sie bestimmen lieber selber, wer sie prüfen soll.  
Und der Bürger, er darf zahlen, er darf die Last der Krise weiter tragen.

Kollegen und Kolleginnen,  
Erlauben Sie mir vorab eine kurze Randbemerkung –  
Wenn das PDG, heute über dieses Dokument abstimmt, dann stimmt das PDG, über eine Summe ab, die höher sein kann, wahrscheinlich sein wird, als der höchste Ausgabenposten welcher jemals hier in diesem Hause verabschiedet wurde. Die Auswirkungen des ESM Vertrages können die Bürger der DG teurer zu stehen kommen, als das von der Regierung gerühmte PPP Schulbauprojekt in der DG. Ich werde Ihnen im Laufe meines Beitrags genau die Zahlen vorrechnen, welche Sie selbst im ESM Vertrag nachlesen können.

Meine Damen und Herren,  
wir reden heute über mindestens 24 Milliarden EURO für den belgischen Staat, und somit über mindestens 165 Millionen Euro für die 75.000 Einwohner der DG – wie es zu dieser Zahl kommt und warum man mindestens sagen muss, werde ich versuchen Ihnen in Ruhe zu erklären, und hoffen das die vorgegebene Zeit mir hierfür ausreicht.

Im Verlauf der letzten Monaten, ja eigentlich der letzten vier Jahre, den Jahren nach dem Platzen der Immobilienblase in den USA – und der Lehman Pleite – hat man wöchentlich ja fast täglich immer wieder in allen Medien Begriffe wie Finanzkrise, Euro Krise – Griechenlandkrise – Schulden-Krise – gehört.

Irgendwann konnte man es nicht mehr hören -  
Es gab immer wieder Euro-Krisengipfel – teilweise wurden über Nacht Milliarden gefunden,  
welche später doch keinen positiven Effekt verursachten –  
man wollte die Märkte beruhigen ohne überhaupt zu erklären wer oder was die Märkte sind.

In den Jahren nach der Lehman Pleite wurden weltweit hunderte von Milliarden zur Rettung, notleidender Banken, von den Staaten, oder besser gesagt von den Steuerzahlern dieser Länder gezahlt. Das führte in den Jahren der Finanzkrise 2009 und 2010 zu einem Anstieg der Staatsverschuldung, wie es sie noch nie seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges gegeben hat!

Die 60% Ober-Grenze, zum BIP, steht nur noch auf dem Papier.  
Die Verschuldung der EURO- Länder liegt heute im Durchschnitt bei 87 % zum BIP.  
Später näheres zu diesen Zahlen.

Und meine Damen und Herren, ist die Krise vorbei? Nein, auch wenn der zuständige Finanzminister der DG das vor einigen Jahren noch glaubte und waghalsige Prognosen über 30 Jahre hinweg aufstellte und ein Wirtschaftswachstum mit in seine Prognosen einfließen ließ, welches es bis dahin in Belgien noch nie über solch einen langen Zeitraum gegeben hatte. Und immer wieder versicherten uns die EU-Finanzminister, dass man die Lage im Griff habe, und schon bald eine Erholung in Sicht sei – Aber wie sieht es heute aus?

Die Lage hat sich dramatisch verschlechtert –  
Es gibt nicht einen Wackelkandidaten in der EU – nein, es gibt eine ganze Armada davon.

In Griechenland herrscht Rezession, verbunden mit einer Deflation, bedingt durch den zunehmenden Geldmangel in der Realwirtschaft, mit einer steigenden Arbeitslosigkeit als unmittelbare Folge. Volksaufstände und Streiks lähmen das öffentliche Leben.

Ich frage Sie, wie soll sich dieses Land jemals von diesen Fesseln befreien?

Wie sieht es in Spanien, in Italien und in Portugal aus.

In Spanien liegt die Jugend-Arbeitslosigkeit der 15-24 Jährigen bei mehr als 45 %. Jetzt soll der ESM es richten – gestützt durch den u.a. von Deutschland geforderten Fiskalpakt würde sich alles bald wieder einspielen.

Wie ist der ESM entstanden?

„Die Einrichtung eines provisorischen Stabilisierungsmechanismus wurde im Zuge der Staatsschuldenkrise im Euroraum auf einer Sondersitzung des europäischen Finanzministerrats in der Nacht vom 9. auf den 10. Mai 2010 beschlossen.“

Das ist die offizielle Version –

Also vor fast zwei Jahren. Vorausgegangen war u.a. die griechische Finanzkrise. Es gab einige Notfallpläne, welche jedoch die Märkte nicht beruhigen konnten. Also stand im Grunde am Beginn die sogenannte EU-Schuldenkrise –

Wo liegen die tieferen Gründe für diese EU Schuldenkrise? -

Denn bevor man überhaupt über einen Rettungsschirm verhandelt, sollte man zu allererst eine Analyse der Situation machen und wissen wie es zu dieser Situation kommen konnte, damit u.a. die gleichen Fehler sich nicht wiederholen.

Zuerst einmal zum Vertrag selbst:

Auf Seite 3+4 lesen wir – die in Erwägung stehenden Gründe für diesen Vertrag:  
Absatz - 1 –

Dass der Europäische Rat, Einvernehmen darüber erzielte, dass man einen ständigen Stabilitätsmechanismus einrichten müsste.

Die erste Frage welche sich hier stellt:

Wieso bedarf es eines ständigen Stabilitätsmechanismus in einem, als so alternativlos bezeichnetem Finanz und Geldsystem–

Dies impliziert, dass das System dauerhaft unstabil ist.

Dann gab es ständig einige Anpassungen und Veränderungen des Vertrages, u.a. in Absatz 5, wird dann zusätzlich von der Bedingung des Fiskalpaktes gesprochen,

also der sogenannten Schuldenbremse.

Hierzu heißt es:

.....Der VSKS, oder auch als Fiskalpakt bezeichnet, wird dazu beitragen, (...) eine dauerhafte gesunde und stabile Verwaltung der öffentlichen Finanzen zu gewährleisten und so eine der Hauptursachen der finanziellen Instabilität anzugehen.

Also., eine der Hauptursachen der finanziellen Instabilität anzugehen.

Ich möchte heute nicht näher auf die Fiskalpolitische Regeln der als umgangssprachlich bezeichneten Schuldenbremse, eingehen, da wir wahrscheinlich noch öfters in diesem Hause hierüber reden werden.

Nur so viel, anhand einiger Zahlen, welche ich Ihnen später nennen werde, werden sie schnell feststellen, dass es andere weitaus bedeutendere Ursachen gibt, und das die Schuldenbremse ganz einfach umgangen werden kann.

Dann Absatz 6 –

Zusammengefasst kann man hierzu sagen, dass man 10 Jahren nach Einführung der Gemeinschaftswährung der Meinung ist, dass aufgrund der Abhängigkeiten der Euro Länder untereinander, es erheblichen Risiken geben kann, welche die Stabilität des gesamten Euro Währungsgebietes gefährden.

Naja, das hörte sich vor einigen Jahren noch ganz anders an, da haben Euro Kritiker dies so gesagt, nur denen wollte halt niemand glauben.

Dann die Höhe, zuerst waren es 500 Milliarden, dann 700 Milliarden –

Und da man nicht weiß wie viel man denn wirklich braucht, hat man den Vertrag so aufgebaut, dass die Summe jederzeit erhöht werden kann.

Schön formuliert heißt dies im Vertrag:

„Auf Seite 5 – Falls dies angebracht ist, wird die Summe ab Inkrafttreten angepasst.

Artikel 10, regelt das auch so, dass der Gouverneursrat das genehmigte Stammkapital

entsprechend anpassen kann, ohne eine parlamentarische Kontrolle.

Schauen wir uns mal die verschiedenen Artikel etwas genauer an:

Artikel 9 – geht auf die Zahlungsmodalitäten der Mitglieder ein.

Hier heißt es, im Absatz 3 auf Seite 24: „Die ESM Mitglieder verpflichten sich Unwiderruflich und uneingeschränkt, Kapital das der Geschäftsführende Direktor (...) abrufen, innerhalb von sieben Tagen ab Erhalt der Aufforderung einzuzahlen.“

Also, wenn Kapital benötigt wird, dann muss es schnell gehen, und das ohne Wiederworte,

oder Verhandlung oder Kontrolle, nein weil der ESM das Kapital braucht.

Dann spricht man nicht nur von Währungsunion sondern auch von Schuldenunion.

Nun, das regelt Artikel 25:

Die Deckung von Verlusten:

auch das können Sie nachlesen auf Seite 41 –

Also: Verluste aus den Operationen des ESM werden beglichen:

Zuerst aus dem Reservefonds, dann aus dem eingezahlten Kapital und dann aus den Garantien. Und diese Garantien werden abgerufen – wie es Artikel 9 –

Absatz 3 – regelt –

Also die ESM Mitglieder verpflichten sich unwiderruflich und uneingeschränkt –

Dann, wenn einer das mal nicht wörtlich nehmen sollte, dann greift

Absatz 2 des Artikels 25 –

Hier heißt es: „Nimmt ein ESM Mitglied (...) die erforderliche Einzahlung nicht vor, so ergeht an alle ESM Mitglieder ein revidierter erhöhter Kapitalabruf.“

Also kann einer nicht zahlen, zahlen die Anderen eben mehr.  
Und da man sich nicht so gerne in die Karten schauen lässt, trotzdem irgendwie geprüft werden muss, darf man sich die Prüfer selbst aussuchen.

Das regeln Artikel 29 und Artikel 30.

Die Prüfer müssen natürlich unabhängig sein, aber der Gouverneursrat, muss hierzu seine Zustimmung geben.

Und da man sich nicht mit lästigen Klagen rumschlagen will, sondern sich um die Finanzstabilität Europas kümmern muss, genießt man natürlich vollkommene Immunität.

Das regeln dann Artikel 32 und folgende -  
Ach, Steuerfreiheit hat man auch -

Also das Ganze ruft natürlich Kopfschütteln hervor:

Ich werde Ihnen nun anhand einiger Fakten, welche Sie alle natürlich überprüfen können,  
klar belegen, dass das Ganze nichts mit der Stabilität des Euros zu tun hat.

Also:

Zurück zum Ausgangspunkt:

Der Grund der Instabilität einiger EURO Länder, und der Bedarf eines Stabilitätsmechanismus:

Die gängige Meinung ist ganz einfach, Staaten haben über Jahre hinweg, über ihre Verhältnisse gelebt, sich immer mehr verschuldet, dann kam die Finanzkrise mit ihren Auswirkungen für Europa, und die wirtschaftlich und finanziell Schwächsten traf es zuerst.

Die Finanzkrise forderte erste Opfer, Griechenland, dann Italien, Spanien, Portugal, Irland –

Zwischendurch ist Island noch Pleite gegangen, aber das ist eine andere Geschichte –

Der Grundsatz, wonach ein Staat nicht pleite gehen kann, wurde also widerlegt –

Sicherlich ist ein Grund, ein wichtiger, aber nicht der wesentliche Grund, dass Staaten jahrelang auf Pump gelebt haben, ihre Haushalte einfach nicht unter Kontrolle bekamen, und immer wieder neue Kredite aufgehäuft wurden, ohne zu fragen was morgen geschieht.

Auch die DG-Regierung bildet hier keine rühmliche Ausnahme, wobei Beispiele zur DG-Regierung, hier eher zufällig sind.

Es gibt mindestens zwei weitere Gründe, welche in der öffentlichen Debatte kaum Beachtung finden, die aber, nicht nur in unseren Augen, die eigentlichen Ursachen sind –

Und wenn man über die Abänderung des Artikels 136 der Arbeitsweise der EU abstimmt,

was wir hier heute in diesem Hause tun, wenn man also über die mögliche Schaffung eines europäischen Stabilitätsmechanismus debattiert, dann muss man sich diese Ursachen genauer anschauen.

Denn worin bestehen die Hintergründe?

Erstens, die multiple Geldschöpfung der privaten Banken

– das bedeutet, dass die Staaten fast aller Länder, auch aller Staaten der EU, sich bei privaten Banken verschulden müssen, sie selbst haben nicht die Kontrolle über das Zahlungsmittel, nein dieses höchste Staatsrecht haben sie aus der Hand gegeben, Staaten verschulden sich also bei privaten Einrichtungen –

Und wie sagt man so schön, wer das Geld hat, der macht die Spielregeln –

Geld regiert bekanntlich die Welt, also die entscheidende Frage ist:

Wer regiert das Geld? – hierzu erinnere ich Sie an den Vortrag, welchen die Vivant Fraktion vor 6 Jahren, im Ministerium organisiert hatte, mit genau diesem Titel, übrigens 2 Jahre vor der Lehman Pleite –

Dass die EU-Staaten also souveräne Staaten seien, unabhängig sich frei entfalten und frei Politik im Dienste ihrer Bürger gestalten könnten, ist leider ein Ammenmärchen –

Ein Beispiel: Vor einigen Wochen, flutete die EZB, die Europäische Zentralbank, den Markt und gab den privaten Banken Kredite in Höhe von mehr 500 Milliarden Euro, zu einem Zinssatz von 1% -

Die Banken kauften daraufhin ganz einfach Staatsbons, zum üblichen Marktzins von 4-5-6%.

Die erste Frage welche sich hier stellt ist:

Woher nimmt die EZB das Geld, um es in den Bankenmarkt zu pumpen?

Sie kann das Geld einfach entstehen lassen, und sie verleiht es den Banken indem sie es auf deren Konto gutschreibt. So einfach das klingt, so einfach ist das auch.

Sie kann aber nur die Menge an Geld gutschreiben, welche direkt von den Banken angefordert wird.

Man nennt dies auch, Geldschöpfung aus dem Nichts – oder „ex nihilo“ –

Ich rate Ihnen an, geben Sie einfach den Begriff Geldschöpfung bei einer Suchmaschine, im Netz ein, und lesen Sie hierzu die Beiträge auf offiziellen Seiten.

Interessant ist, dass die Banken kein Eigenkapital benötigen um Staatspapiere anzukaufen.

Wenn also eine private Bank, für einen Zinssatz von 1%, Geld von der EZB leiht, und dann italienische, portugiesische oder spanische Anleihe für 5, 6 oder 7% Prozent kauft, dann ist dies ein lohnendes Geschäft für die Banken, aber nicht für die europäischen Steuerzahler, diese bezahlen dann, indirekt durch ihre Steuern, die Zusatzgewinne der Banken.

So einfach ist das –

Ein Nebeneffekt ist, dass sich die allgemeine Finanzlage, sich kurzfristig etwas beruhigt, aber der nächste Sturm zeichnet sich schon am Horizont ab, denn so dreht sich die Verschuldungsspirale der Staaten weiter.

Wem wurde also durch diese 500 Milliarden geholfen?

Ganz einfach den privaten Banken, und den Spekulanten welche weiterhin frei zocken können,

die Milliarden an Boni-Zahlungen für die Manager lassen hier grüßen.  
Ich denke spätestens jetzt müssten die Alarmglocken klingeln.

Hier drängt sich die Frage auf, warum hat die EZB, natürlich unter gewissen Auflagen, dieses Geld nicht ganz einfach den Staaten ohne Umweg über die privaten Geschäftsbanken zu einem Zinssatz von 1% verliehen?

Warum, gibt die EZB, dieses Geld nicht direkt den EURO Staaten?

Und deshalb fordert VIVANT, dass auch die öffentlichen Haushalte in den Genuss des niedrigen Zinssatzes bei der EZB kommen müssen.

Oder einfacher ausgedrückt die Staaten müssen unabhängig sein von privaten Geldgebern, und selbst, unter strikten Regeln natürlich und unter einer engen parlamentarischen Kontrolle, die Geldhoheit selbst und unabhängig in die Hand nehmen.

Und die Banken, dürften nur das Geld verleihen können, welches sie besitzen. Heutzutage können Banken, etwa das 11 fache ihren Einlagen an Kredite herausgeben.

Oder anders ausgedrückt, sie benötigen eine Eigenkapitalquote von 9 %, und selbst diese Quote erreichen die wenigsten europäischen Banken.

Übrigens, in den letzten Monaten wurde ja oft auf EU Ebene über diese Eigenkapitalquote debattiert, Lehman and Brothers hatte als es Pleite ging eine Eigenkapitalquote von 11%.

Viele andere Faktoren, sind mitentscheidend ob eine Bank sicher ist oder nicht.

Also:

Bei fast allen Euro Ländern, wurden über Jahrzehnte nie Schulden abgebaut, nein, Altschulden wurden durch neue Kredite ersetzt, und nicht die Staaten bestimmen die Spielregeln, sondern die Geldgeber.

Hinzu kommt, dass es nie eine Tilgung von Staatsschuld gibt, sondern immer nur eine Umschuldung.

Und immer eine weitere Neuverschuldung, welche teilweise auch aus den Zinsverpflichtungen der Staaten stammt.

Kurzum, die Staaten leihen sich auch zusätzlich Geld um die Zinslast der Staatsschuld zahlen zu können.

Diese Entwicklung hat die Deutsche Bundesbank bei den öffentlichen Haushalten untersucht und gelangt zu dem Ergebnis, dass sich die öffentliche Verschuldung wegen der hohen Zinsbelastung sozusagen automatisch erhöht.

„Als Warnzeichen muss insbesondere gelten, dass der Anstieg der Schuldenquote in den letzten Jahren (...) wesentlich mit der hohen Zinsbelastung zusammenhängt. Damit nährt sich die Verschuldung aus sich selbst heraus“.

Und hieraus ergibt sich ein weiterer Grund für die Zunahme der Verschuldung der EU Staaten.

Glücklicherweise wird immer mehr hierüber öffentlich diskutiert.

Das Schuldgeldsystem –und der Zinseszinsseffekt.

Jeder Euro, jeder Dollar der irgendwo in der Welt im Umlauf ist, steht bei dem einen im Haben und bei dem Anderen im Soll.

Geld und Schuld, Karl-Heinz Braun hat das mal vor einigen Jahren hier in diesem Hause gesagt, und er brachte hierzu einen treffenden Vergleich, sie spiegeln sich auf ein und derselben Münze wieder.

Die einen haben es als Guthaben, die anderen als Schulden.

Wenn die USA 15,5 Billionen also 15.500 Milliarden Dollar Schulden haben, dann haben andere 15.500 Milliarden Dollar Guthaben, und die wollen Zinsen dafür erhalten.

Und da Zins und Zinseszins eine exponentielle Gleichung ergeben, ist irgendwann Ende.

Volkswirtschaftlich geht so etwas eine Zeitlang noch gut, nur irgendwann kippt die Kurve –

Weil der zu zahlende Zins nicht mehr erwirtschaftet werden kann, auch wenn der Zinssatz niedrig ist, denn die Gesamtsumme der Verschuldung ist einfach zu gewaltig.

Weltweit stehen die Industrieländer mit 55 Billionen Euro in der Kreide.

Die 34 wichtigsten westlichen Industriestaaten (OECD) brauchen bis 2014 unfassbare 8000 Milliarden Euro frisches Geld. Nicht etwa, um neue Schulden zu machen.

Sondern allein um dafür, die alten Kredite durch neue abzulösen.

Und die Schuldenlast des wirtschaftlich stärksten Euro-Staates, Deutschland, steigt jeden Tag um mehr als 115 Millionen Euro, die USA erhöhen ihre Schulden tagtäglich um mehr als 500 Millionen.

QUELLE: Bund der Steuerzahler in D -

All diese Zahlen können auf EuroStat, oder auf anderen offiziellen Seiten nachgelesen werden.

Der Schuldenstand der 17 Euro Länder beträgt zum Ende des 3. Quartals 2011: 8.191, 295 Milliarden – also mehr als 8 Billionen Euro – eine unvorstellbar große Zahl!

Also wir befinden uns nahezu am Ende einer Verschuldungskurve.

Und da niemand etwas am System ändern will, weil es ja angeblich keine Alternative gibt,

geht das noch etwas weiter, nur allzu lange wird das nicht mehr dauern, bis die Kurve kippt.

Dies gilt für die USA, für die EU Länder und folglich auch für Belgien.



Auch dies ist keine Verschwörungstheorie, sondern eine einfache mathematische Gleichung, Zins und Zinseszins verursachen ein exponentielles Wachstum der Geldmenge und der Schulden.

Der Schweizer Volkswirtschaftler Prof. Binswanger sagte 1988 in einem Interview:

"99% der Menschen sehen das Geldproblem nicht. Die Wissenschaft sieht es nicht, die Ökonomie sieht es nicht, sie erklärt es sogar als ‚nicht existent‘. Solange wir aber die Geldwirtschaft nicht als Problem erkennen, ist keine ökologische Wende möglich".

(Quelle: Reiner Bischoff: "Unser Geldsystem – Angelpunkt der Umweltproblematik").

Und Hans Tietmeyer, Präsident der Deutschen Bundesbank, sagte im März 1996 in Davos:

"Ich habe aber bisweilen den Eindruck, dass sich die meisten Politiker immer noch nicht darüber im Klaren sind, wie sehr sie bereits heute unter der Kontrolle der Finanzmärkte stehen und sogar von diesen beherrscht werden"

(Quelle: FAZ, 3.2.1996, zitiert von Helmut Creutz in "Der 3. Weg", März 96).

Jetzt zum eigentlichen Mechanismus des ESM –

Er soll also den EURO retten, und er soll alternativlos sein.

Die Befürworter behaupten, dass der ESM-Fonds ein äußerst wirksames vertragliches Instrument sein wird, um die Euro-Krise endgültig einzudämmen.

Solchen Leuten, muss man ganz einfach Zahlen gegenüberstellen, nackte Zahlen, die verdeutlichen in welcher Lage uns die Finanzprofis der Banken und der Staaten gebracht haben:

Der Rettungsschirm verfügt vorerst, über eine Summe von 700 Milliarden.

Ein Teil wird direkt von den Staaten bar eingezahlt, der Rest sind staatliche Garantien,

für Belgien beträgt die Gesamte Summe 3,47 % oder 24 339 700 000 EURO – 2,8 Milliarden an Bareinzahlungen und der Rest sind Garantien.

Also stellen wir diese 700 Milliarden der Gesamtsumme der Verschuldung der Euro Länder gegenüber – welche mehr als 8.000 Milliarden ausmacht –

In keinem EURO Land werden derzeit Haushaltsüberschüsse erwirtschaftet, geschweige denn Schulden getilgt, vielmehr steigen die Schulden Tag für Tag –

Und es gibt einen weiteren Denkfehler bei der Berechnung der Staatsschulden.

Als Staatsverschuldung bezeichnet man die zusammengefassten Schulden eines Staates, also die vom Staat an Dritte geschuldeten Verbindlichkeiten und nicht die so genannten impliziten Schulden, also die Verpflichtungen welche die Staaten ihren Bürgern gegenüber eingehen, also die Renten, die Sozialleistungen, usw.

Denn dann sehe das Bild noch ganz anders aus. Aber hierzu vielleicht zu einem späteren Zeitpunkt mehr.

Die Frankfurter Allgemeine schrieb hierzu:

„Der unsichtbare Schuldenberg -

Ein Großteil der Rentenlasten und der Krankenkosten sind nicht gedeckt. Wegen der Alterung nehmen die Lasten drastisch zu. Die verdeckte Staatsschuld ist damit viel höher als offiziell angegeben. Und das bei weitem nicht nur in Griechenland.“

Deshalb sind die 700 Milliarden auch nur der Anfang –  
Und deshalb die Begriffswahl, der ESM kann ein Fass ohne Boden sein.

Die 700 Milliarden bilden gerade einmal 8,5 % der Schulden der Euro Länder.

Der ESM verzögert das Unumgängliche vielleicht, aber er wirft Milliarden des europäischen Steuerzahlers, in die Hände der Banken –

Nun, meine Damen und Herren,  
was sind die Alternativen:

Wer heute diesem Vertrag zustimmt, der stimmt gegen EUROPA,  
denn ein Grundsatz aller EU Länder ist die parlamentarischen Demokratie.

Und diese wird durch diesen Vertrag nicht gestärkt sondern geschwächt, und zwar erheblich.

Das Haushaltsrecht, das Königsrecht der Parlamente, übergeben die ESM Mitglieder einer kleinen Gruppe, welche nicht von den Völkern Europas direkt gewählt werden.

Hierzu gab es europaweit Klagen, u.a. vor dem deutschen Verfassungsgericht. Und die Aussagen der Richter waren hierzu klar und deutlich. Sie kennen sicherlich die Texte –

Dann, belegen die Zahlen, dass das angesetzte Eigenkapital des ESM, wenig bewirken kann. Die Schuldenbremse kann jeder Staat durch alternative Anleihen umgehen.

Was wir brauchen ist etwas anderes.

Wir brauchen eine offene, nicht vorher eingenommene Diskussion zum aktuellen Wirtschafts- und Finanz- und Geldsystem.

Ich frage Sie: Hätte irgendein vernünftiger Mensch 1989, noch weiter sich bemüht den Sozialismus in Ost-Europa zu unterstützen.

Nein, er hatte bewiesen dass er in dieser Form nicht funktioniert.

Und unser Kapitalistisches System, beweist gerade das Gleiche.

Wir brauchen eine Diskussion, zu einem dritten Weg.

Um diesen Meinungs austausch, hier in diesem Hause zu starten, möchte die Vivant Fraktion als Diskussionsgrundlage eine Resolution einreichen. Zu einem nationalen Konjunktur-Aufschwung-Paketes in Form einer nationalen Komplementärwährung zur Ankurbelung der Binnennachfrage.

Meine Damen und Herren,  
heute könnte für die DG, ein historischer Tag sein, morgen könnten die Tageszeitungen im Inland titeln, ein kleine Gemeinschaft sagt, Nein.

Dokument 95 - ESM Vertrag – der Europäische Stabilitätsmechanismus  
Plenum – 19.03.2012

Eine kleine Gruppe widersetzt sich, dem Druck.  
Wir könnten ein Zeichen setzen, und eine Diskussion anregen, eine Diskussion zur  
Stärkung der Demokratie in Europa.  
Stimmen auch Sie gegen diesen Vertrag.  
Die Vivant Fraktion tut es!

Michael Balter – Vivant-Fraktion im PDG